

Pressemitteilung

Bündnis kündigt an, die Suche der KMW nach anderen Banken weiterhin kritisch zu begleiten

Mainz / Wiesbaden, 20.08.2009: „Wir fühlen uns in unserer Arbeit bestätigt.“, so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden. „Das Aussteigen der Barclays Bank aus dem Projekt Kohlekraftwerk und die Schwierigkeiten bei der Suche nach Finanzgebern liegen nach eigenem Bekunden der KMW auch an dem heftigen Widerstand in Mainz und Wiesbaden gegen das Kohlekraftwerk. Wir standen und stehen in einem kritischen Dialog mit der Deutschen Bank und kündigen an, gemeinsam mit unseren Partnern, insbesondere der Klimaallianz, sämtliche weiteren Gespräche, die die KMW AG mit potentiellen Geldgebern führen wird, ebenfalls kritisch zu begleiten. Wir werden mit jedem, der ernsthaft erwägt, in dieses Projekt einzusteigen das Gespräch suchen und auf die sich aus unserer Sicht ergebenden ökonomischen und ökologischen Risiken und insbesondere auch auf den drohenden Imageverlust des eigenen Hauses hinweisen.“, kündigt Marc Legg weiteren Widerstand an und verweist auf die bundesweit gemeinsam mit der Klimaallianz durchgeführten Aktionen gegen die Deutsche Bank.

„Auch in den Genehmigungsverfahren werden wir den Druck weiter erhöhen. Hier werden von unserer Seite aktuell die Einreichung der Klagen in den Hauptsacheverfahren beim OVG Koblenz vorbereitet, um die Sache möglichst schnell zu einem für uns positiven Abschluss zu bringen. Wir sind davon überzeugt, dass sowohl Vorbescheid als auch die erste Teilbaugenehmigung rechtswidrig sind. Wer zu diesem Zeitpunkt in das Mainzer Kohlekraftwerk investiert, wettet auf den unsicheren Ausgang eines juristischen Genehmigungsverfahrens“, so Rechtsanwalt Carl Christian Müller, Bündnisvorstand und verweist auf den ersten Teilerfolg des Bündnisses, den vom OVG Koblenz angeordneten Baustopp bis Ende des Jahres 2009.

Auf die Ankündigung der Stadtwerke-Vorstände Sticksel und Höhne, das Projekt trotz der Schwierigkeiten bei der Finanzierung vorantreiben zu wollen, reagiert das Bündnis mit allergrößtem Unverständnis. „Wenn in den letzten Tagen immer wieder die Haftungsfragen rund um den Ausstieg diskutiert werden, müsste in diesem Zusammenhang auch untersucht werden, ob es noch dem Maßstab einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung entspricht, ein nach neuesten Erkenntnissen offensichtlich 1,7 Mrd. EUR teures Kohlekraftwerkes zu bestellen und mit dem Bau zu beginnen, ohne zuvor die Finanzierung verbindlich zu sichern. Ein Privatmann würde kein Bauauftrag für ein Haus vergeben, ohne über eine rechtsgültige Baugenehmigung zu verfügen und die Finanzierung vorher geklärt zu haben“ so Rechtsanwalt Müller weiter.

„Wir mahnen die Verantwortlichen in den Organen der KMW daher eindringlich, in diesem Punkt mehr Einsichtsfähigkeit zu zeigen und nun endlich den längst fälligen Einstieg in einen verantwortungsvollen Ausstieg zu finden, anstatt weiteren Schaden anzurichten.“, so Marc Legg abschließend.